

## **Rede von Dieter Stork (Friedenstreff Rüsselsheim-Untermain) bei der Kundgebung *Abrüsten statt Aufrüsten* am 2. November 2018 in Ginsheim**

Warum wir als Teil der Friedensbewegung heute einen Aktionstag veranstalten (4 kritische Punkte, 2 Zielformulierungen)

- Der Anlass ist klar: Der Bundestag beschließt in diesen Tagen den Haushalt 2019. In diesem wird der Militäretat um über 10% auf 42,9 Mrd. Euro erhöht. Es wird damit klargemacht, dass die BRD das 2%-Ziel vom BSP, welches bezogen auf 2014 mehr als eine Verdoppelung des Militärhaushaltes beinhaltet, ernsthaft in Angriff nehmen will. Auch so schon gehörte der deutsche Militäretat zu den größten der Welt. Die EU steht nach den USA an zweiter Stelle mit ihren Rüstungsausgaben. Die weniger als eine Milliarde Menschen, die den Staaten der Nato angehören, sind verantwortlich für weit über die Hälfte der weltweiten Militärausgaben. Weitere rund 20% gehen zu Lasten von „verbündeten“ Ländern (zumeist ekelerregende Diktaturen), die wir mit Waffen und technologischem Wissen unterstützen. Ein Nato-Bürger gibt nahezu das Zehnfache eines normalen Weltenbürgers für Militär aus! Welch eine Verschwendung! Was könnten unsere Gemeinden damit alles machen! Wie leicht wäre es mit diesen fast 1000 Milliarden Dollar jährlich die drängendsten Menschheitsprobleme wie Hunger, Unterentwicklung und Klima zu lösen! Wozu aber sollen wir denn noch aufrüsten?
- Wozu brauchen die reichen, postkolonialistischen Nato-Staaten diesen Militäraufwand? – Die Antwort wird einfach, wenn man sich die Kriegsjahre und -schauplätze einzelner Länder ansieht. Fast alle Kriege fern der eigenen Grenzen wurden und werden von Nato-Staaten verantwortet. Ziel dieser Kriege war es im Ernst nie vorrangig, die Lebenssituation in den verheerten Ländern zu verbessern, sondern entweder strategische Positionen gegen erklärte „Feinde“ zu behaupten oder das sogenannte Eigentumsrecht, insbesondere den Zugriff auf wertvolle Rohstoffe, der weltweit operierenden Großkonzerne zu schützen. Menschenrechtskampagnen im Vorfeld dieser Kriege (von Irak über Jugoslawien und von Afghanistan über Irak, Libyen und Syrien) haben nur der Kriegspropaganda gedient. Durch Blockaden, Bombardements, Raketenbeschuss und Ausrüstung von Bürgerkriegsarmeen wurden in erster Linie Kinder, alte und arme, eben die ungeschützten Menschen getroffen.
- Schon in ihrem Weißbuch zur Sicherheitspolitik von 2006 hatte die BRD deutlich gemacht, dass die Aufgabe der BW nicht mehr die Landesverteidigung ist, und ihren Anspruch festgeschrieben, ihre Interessen weltweit, auch am Hindukusch oder sonstwo, militärisch durchzusetzen. Sie wollte damals diese Positionierung aber in der Öffentlichkeit noch nicht betont wissen, so dass der Bundespräsident Köhler gar zum Rücktritt gedrängt wurde, nachdem er aus diesem Weißbuch zitiert hatte. Die Wende brachte der Pastor und Bundespräsident Gauck, als er im Frühjahr 2014 aus seinem Verantwortungs- und Missionsverständnis heraus die Pflicht zur weltweiten, auch militärischen, Intervention, öffentlich verkündete. Assistent wurde er dabei von dem damaligen Außenminister Steinmeier und der Militärministerin Von der Leyen. Direkt darauf wurde der uralte 2%-Beschluss erneuert und eine „zivilmilitärische“ Propagandakampagne entwickelt und finanziert. Deren Ziel ist es, der Bevölkerung diesen äußerst teuren Wandel von der Territorial- zur Interessenverteidigung (auf der Erde, dem Meer und im Kosmos) schmackhaft zu machen, die Bevölkerung für diesen Weltherrschaftsanspruch der Nato zu gewinnen.

- Besonders makaber ist dabei, dass die BRD diese beabsichtigte Ausgabensteigerung mit der Notwendigkeit der Landes- und Bündnisverteidigung und dem zusätzlichen Aufbau einer Landkriegsabteilung für einen möglichen Krieg mit Russland begründet. Russland wendet weit weniger als 10% des Nato-Etats für Rüstung auf. Seine einzige militärische Verteidigungsmöglichkeit ist die Drohung mit dem Einsatz von Atomraketen. Deren Zweitschlagskapazität zu zerstören ist allerdings das Ziel jeglicher US-Atomwaffenforschung, sei es durch Mittelstreckenraketen, sei es durch höchst präzise gesteuerte Atombomben der neuen Generation, wie sie ab 2020 auch in Büchel stationiert werden sollen. (Jetzt kommen zwei Sätze, den alle, die meinen Entwurf gelesen haben als unverständlich kritisierten – Ich bestehe dennoch auf ihm: er enthält die Quintessenz meiner über 50-jährigen Beschäftigung mit osteuropäischer Geschichte → gerne zum Vortrag einladen): Wenn dieses Forschungsziel gesichert erscheint, wird das lateinische Westeuropa, dieses Mal verstärkt durch die USA als führender Militärkoloss, genau wie 1610, 1709, 1812, 1914/41 wieder versuchen die Kernmacht der oströmischen Orthodoxie zu zerstören. In Wirklichkeit reicht diese Nichtanerkennung einer verwandten, aber eigenständigen Kultur noch viel weiter zurück als zum Schisma von 1054, der Verfluchung der nicht Rom hörigen griechischen Orthodoxie. Dass auch 1000-jährige Feindbilder umkehrbar sind, hat uns der deutsch-französische Freundschaftsprozess gezeigt – wir müssen das, anders als die Vertreter der Waffenindustrie, aber auch mit aller Kraft wollen!

Wir von der Friedensbewegung, die wir heute in der ganzen Republik demonstrieren und –außerhalb von Ginsheim-Gustavsburg – auch informieren, wir wollen tatsächlich „eine andere Welt“,

- In welcher die Gültigkeit des Völkerrechts gemäß den UN-Vereinbarungen nicht durch unlegitimierte, der UN-Charta widersprechende Militäroperationen nationaler Mächte oder internationaler Banden (die sich z.B. als „Bündnis der Willigen“ bezeichnen) konterkariert wird. Die UN-Charta, die von beiden Deutschländern unterzeichnet wurde, verbietet völkerrechtswidrige Kriege. Darum – und das ist derzeit leider in De nur ein irrealer Traum - müssen Ex-Politiker wie Schröder, Scharping, Fischer und demnächst wohl auch die Frauen Merkel und von der Leyen vor Gericht gebracht werden. Wir wollen nicht durch Militärgewalt andere zwingen uns willfährig zu sein. Unerträglich finden wir, dass Waffenproduktion und Gewalteininsatz immer mehr vom Profitinteresse gesteuert werden und darum hemmungslos exportiert werden. Weder an deutschem noch am Nato-Wesen wird die Welt genesen!
- Wir fordern – und hier nehme ich die brandneu veröffentlichte Denkschrift der Evangelischen Landeskirche in Baden mit dem Titel „Zivile Sicherheitspolitik: Sicherheit neu denken“ zum Vorbild - die bewaffneten Teile der Bundeswehr einer zu schaffenden UN-Polizei zu unterstellen und die anderen Teile dem Katastrophenschutz oder der gewaltfreien zivilen Konfliktlösung zuzuführen. Nur ohne Militärgewalt können wir auch außerhalb der ehemaligen weißen Kolonialherrenvölker ein angesehenes Mitglied der Völkergemeinschaft werden und gleichzeitig den Weg in eine friedliche, auf Kooperation und Recht beruhende Zukunft gehen. Wenn 10 Milliarden Menschen auf dieser Erde ohne Flucht, Hunger und Not leben wollen- das sollten uns das Elend in und die Flüchtlingsströme aus Afrika und dem Orient doch gelehrt haben - können und wollen wir uns den Luxus nationaler Militärausgaben einfach nicht mehr leisten. Darum rufen wir laut und mit schon weit über 100000 Stimmen dem deutschen Bundestag zu:

**Abrüsten statt aufrüsten!**